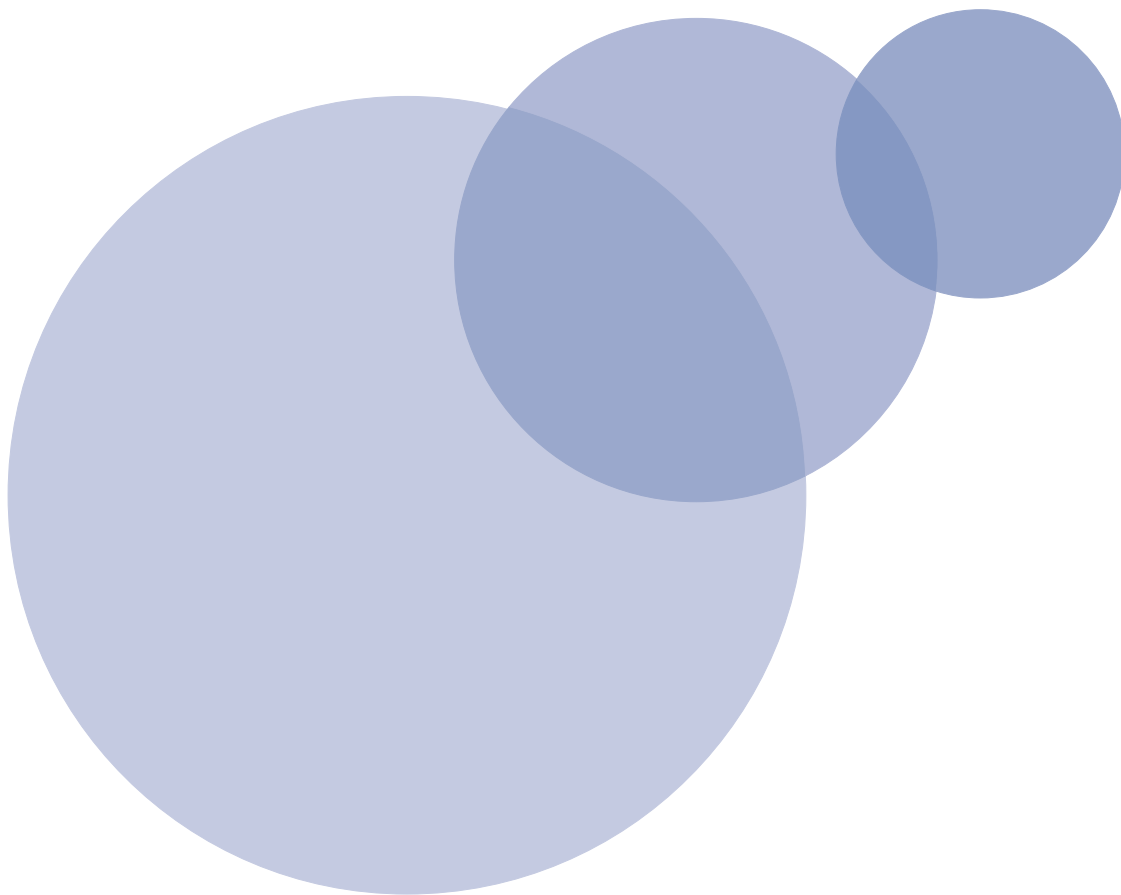


# Checkliste

## für ein besseres Gründerklima

Vorschläge der IHK-Organisation für eine  
nachhaltige Kultur der Selbständigkeit  
September 2003



Starthilfe | Unternehmensförderung

**DIHK**

Deutscher  
Industrie- und Handelskammertag

Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)  
Bereich Wirtschaftspolitik, Mittelstand, Standort – Berlin 2003

Herausgeber	© Deutscher Industrie- und Handelskammertag   Berlin   Bonn   Brüssel  DIHK Berlin: Postanschrift: 11052 Berlin   Hausanschrift: Breite Straße 29   Berlin-Mitte Telefon (030) 20 308-0   Telefax (030) 20 308 1000  Internet: <a href="http://www.ihk.de">www.ihk.de</a>
Redaktion	Dr. Marc Evers (DIHK), Bert C. Cecchia (HK Bremen), Ulrich Spengler (IHK Kassel), Reinhard Stark (IHK Erfurt)
Stand	September 2003

## **Checkliste für ein besseres Gründerklima**

Vorschläge der IHK-Organisation für eine nachhaltige Kultur der Selbständigkeit

### **Gründer gesucht !**

Kreative Ideen und Innovationen bilden die Basis für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung. Dafür braucht Deutschland Existenzgründungen. Seit fünf Jahren nimmt jedoch die Zahl der Neugründungen von Unternehmen in Deutschland stetig ab – von 513.000 im Jahr 1998 auf 452.000 Neugründungen im Jahr 2002. Immerhin übertrifft die Zahl der Neugründungen nach wie vor die Zahl der Liquidationen von Unternehmen. Der Positivsaldo schmolz aber in den letzten sechs Jahren von 102.000 auf 63.000 im letzten Jahr. Vor diesem Hintergrund tritt der DIHK für ein besseres Gründerklima in Deutschland ein. Er legt deshalb diese Checkliste vor. Die Vorschläge richten sich an die politischen Entscheidungsträger in Bund, Ländern und Kommunen.

### **Mit der IHK über die Know-How-Hürde !**

In die Checkliste sind die vielfältigen Erfahrungen von Existenzgründungs-Experten der Industrie- und Handelskammern (IHKs) eingegangen. Diese leisten mit jährlich über 274.000 Einstiegsberatungen und mehr als 75.000 vertiefenden Beratungen einen wichtigen Beitrag für mehr Existenzgründungen in Handel und Industrie sowie im Dienstleistungssektor. Mit ihren Experten-Netzwerken und ihren vielfältigen Beratungsangeboten initiieren die IHKs Neugründungen und erhöhen durch die Vermittlung von kaufmännischem Basis-Know-How die Überlebenschancen junger Start-Ups.

Auch die Bundesregierung will in diesem Jahr zur Förderung von Existenzgründern im Rahmen der Initiative „pro mittelstand“ neue Akzente setzen. Bei der Aktion des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) „GründerServiceDeutschland“ testen derzeit die IHKs und die Handwerkskammern in drei Pilotregionen, wie nach einer Erprobungsphase die Modellkombination aus regionalen Gründertagen und individuellem Existenzgründer-Coaching bundesweit umgesetzt werden kann. Zudem plant die Bundesregierung mit Ihrem „small-business-act“ Erleichterungen für Existenzgründer und junge Unternehmen.

### **Politik muss Mut für Gründer zeigen !**

Aus Ihren Erfahrungen in den Gesprächen mit Existenzgründern wissen die IHKs, dass Existenzgründer neben der Know-How-Hürde weitere hohe Hindernisse überwinden müssen. Deshalb unterbreitet die IHK-Organisation der Bundesregierung mit diesem Arbeitspapier zusätzliche Vorschläge, um Existenzgründungen in Deutschland zu erleichtern. Damit setzt die Wirtschaft den Weg konstruktiver Zusammenarbeit fort, den die IHK-Organisation mit der Beitragsfreistellung von Existenzgründern für die ersten Unternehmensjahre (Wegfall des Grundbeitrages von etwa 5 Euro pro Monat) eingeschlagen hat. Die Politik ist gefordert, mutig strukturelle Hemmnisse aus dem Weg zu räumen. Drei Gründerhürden muss die Bundesregierung abbauen, um neuen Gründergeist in Deutschland zu entfachen:

1. Gründer-Hürde Bürokratie,
2. Gründer-Hürde starres Arbeitsrecht,
3. Gründer-Hürde Förderdschungel.

Zudem gilt es, das deutsche Bildungssystem viel stärker als bislang auf ein „Leitbild Unternehmertum“ hin auszurichten.

### **IHK-Checkliste für ein besseres Gründerklima**

Folgende Checklisten-Symbolik soll der Politik Handlungshinweise für die nachfolgend aufgeführten Aufgaben geben:



Absichtsbekundungen reichen nicht, die Politik muss handeln!



Der richtige Weg ist eingeschlagen, aber die Schritte sind zu zaghaft. Die Politik muss die Aufgabe konsequenter anpacken.

### **Gründer-Hürde Bürokratie**

Existenzgründer können sich anders als größere Unternehmen keinen Expertenstab zur Abarbeitung der komplizierten Rechts-Materie leisten. Gesetzessprache und Verwaltungsvorschriften zwingen angehende Unternehmer dazu, außerhalb der Verwaltungen externe Beratung in Anspruch zu nehmen. Hier leisten die IHKs mit ihren weitgefächerten Angeboten praxisorientierte Hilfe. Doch das Grundübel bleibt: Im internationalen Vergleich belegt Deutschland nach Angaben des Global Entrepreneurship Monitor 2002 in punkto Regulierungshemmnisse für Gründer mittlerweile einen der hinteren Plätze, weit abgeschlagen hinter den USA, Großbritannien und Frankreich.

Gründer-Hürde Bürokratie 1:



### **Erlaubnispflichten durchforsten, Genehmigungsverfahren straffen**

Die Vielzahl und Intransparenz vieler Erlaubnispflichten hat für Existenzgründer oft schwere Folgen. Komplizierte Genehmigungsverfahren und die oftmals zähe Bearbeitungspraxis von Behörden und auch von Kreditinstituten verschleppen manche Neugründung und verzögern Erweiterungsinvestitionen vor allem in der Wachstumsphase nach der unmittelbaren Gründung. Nicht selten sind viele Ämter an ein und demselben Entscheidungsvorgang beteiligt, was zu langen Wartezeiten und zu undurchschaubaren Entscheidungsprozessen führt. Der DIHK hält folgende Maßnahmen für erforderlich:

- Die Vielzahl an **bestehenden Erlaubnispflichten**, die Existenzgründer vor Aufnahme der betrieblichen Geschäftstätigkeit erfüllen müssen, sind **auf ihre Notwendigkeit hin zu überprüfen**. So verzögern beispielsweise die seit Jahresbeginn geltenden Erlaubnispflichten im Bewachungsgewerbe Neugründungen, ohne dass bislang die erhoffte Verbesserung der Sicherheitslage eingetreten wäre. Sieht internationales Recht **neue Erlaubnispflichten** vor, so sollte die Bundesregierung diese **unternehmerorientiert umsetzen**. So ist nicht einzusehen, warum die Bundesregierung bei den Finanzdienstleistungen viel höhere Prüfungshürden plant, als die EU-Vorgaben fordern. Im Gaststättengewerbe sollte zudem auf die Einführung eines prüfungsbezogenen Sachkundenachweises verzichtet werden.
- Die **kommunalen Satzungen** sind systematisch von unverhältnismäßigen Hemmnissen zu befreien. So behindern z.B. die kommunalen Stellplatz- und Gebührensatzungen für die Nutzung von öffentlichem Raum häufig Existenzgründer beim Aufbau ihres Betriebsstandortes.
- Der DIHK fordert **konsequente Vereinfachungen bei Gründungen in ehemals privat genutzten Räumen**. So sollte die Antragspflicht auf Nutzungsänderung bei Kleingewerbetreibenden, zumindest aber bei Ein-Personen-Gründungen "von zu Hause aus" im Dienstleistungsbereich entfallen.
- Beim Betriebsübergang im **Gaststättengewerbe** sollten die für den Alteigentümer gültigen Genehmigungen **ein Jahr lang fortleben** (Bestandsschutz für ein Jahr).
- Insgesamt bekräftigt der DIHK seine Forderung nach effizienten und verlässlichen Genehmigungsverfahren. Verantwortlichkeiten sollten an möglichst wenigen Stellen gebündelt werden. Hilfreich wäre ein **zweistufiges Fristenregime**: Einer Frist für die Vollständigkeitsprüfung schließt sich die Bearbeitungsfrist an. Bei Fristüberschreitung durch die Behörde gelten die Unterlagen als vollständig beziehungsweise der Antrag als genehmigt. Existenzgründer erhielten Planungssicherheit, die Behörden Anreize zur effizienten Antragsbearbeitung.

Gründer-Hürde Bürokratie 2:

### **Gebührenpflichten überprüfen**



Eine Vielzahl von Gebühren erscheint vielen Existenzgründern als reine „Geldschneiderei“. So müssen nach § 34 c Gewerbeordnung Existenzgründer im Makler- und im Bauträgergewerbe sowie bestimmte Finanzdienstleister erhebliche Summen aufbringen, um eine Erlaubnis zu erhalten. Viele Gründer kritisieren die zum Teil hohen Gebühren für die Parkplatzablässe, für die bauliche Einrichtung von Werbeträgern und für Sondernutzungsgenehmigungen.

- Der DIHK fordert, das **Gebührenrecht nach gründungshemmenden Auswüchsen zu durchforsten**. Insbesondere sollten die Gebühren für Nutzungsänderungen ehemaliger privater Wohnräume in Betriebsräume überprüft werden.

Gründer-Hürde Bürokratie 3:

### **Buchführungspflichten konsequent vereinfachen**



Mit den im „small-business-act“ vorgesehenen Erleichterungen der Buchführungspflichten macht die Bundesregierung einen kleinen Schritt in die richtige Richtung. Die vorgesehenen Erhöhungen von 260.000 Euro auf 350.000 Euro Jahresumsatz bzw. von 25.000 Euro auf 30.000 Euro Jahresgewinn sind jedoch zu zaghaft.

- Der DIHK fordert, die **Schwellenwerte noch deutlicher anzuheben – und zwar auf 500.000 Euro Jahresumsatz und 50.000 Euro Jahresgewinn**.

Gründer-Hürde Bürokratie 4:

### **Handelsregistereintragungen erleichtern**



Die Eintragung ins Handelsregister verschlingt in vielen Fällen Zeit und Geld. Zur Beschleunigung des Verfahrens will die Bundesregierung den Gerichten vorschreiben, spätestens nach einem Monat dem Antragsteller einen ersten Bescheid zu übermitteln. Bei dieser Maßnahme kann es sich jedoch nur um einen Anfang handeln.

- Politik und Verwaltung müssen viel zielgerichteter für **eine zeitnahe und kostengünstige Erfassung und Eintragung von Neuunternehmen in das Handelsregister** sorgen. Insbesondere die hohen Veröffentlichungskosten für Unternehmen sind im Zeitalter des Internet sowie vor dem Hintergrund der schlechten Wirtschaftslage nicht zu rechtfertigen. In Bundesländern mit entsprechenden Öffnungsklauseln könnten die **IHKs die Führung des Handelsregisters übernehmen**. Landes- und Bundespolitiker sollten entsprechende Angebote der IHKs in die Tat umsetzen.

Gründer-Hürde Bürokratie 5:



### **Verfahren im Steuerrecht erleichtern**

Seit Januar 2002 müssen Existenzgründer Umsatzsteuervoranmeldungen nicht vierteljährlich, sondern jeden Monat abgeben. Dies führt zu höherem Verwaltungsaufwand und zu finanziellen Engpässen: Existenzgründer weisen in der Startphase aufgrund hoher Anfangsinvestitionen zumeist höhere Vorsteuerforderungen als Umsatzsteuerverbindlichkeiten auf. Die oftmals langen Bearbeitungszeiten für die Vorsteuerverrechnung in den Finanzämtern entziehen den Gründern nach Vorauszahlung der Umsatzsteuer dringend benötigte Liquidität.

- Der DIHK fordert eine **größere Wahlfreiheit beim Zahlungsrhythmus**. Eine zur Umsatzsteuervorauszahlung zeitnahe Vorsteuerverrechnung könnte die Liquiditätssituation in der Gründungsphase entschärfen.
- **Gemeindesteuern, die Existenzgründer gegenüber etablierten Unternehmen diskriminieren, sind zu streichen**. So ist bspw. nicht einzusehen, warum bei Übernahme eines Gastronomiebetriebes der Neubesitzer eine Schankerlaubnissteuer entrichten muss.
- Der DIHK begrüßt, dass die Bundesregierung Unternehmen ab 2004 ermöglichen will, Lohnsteuerbescheinigungen elektronisch an die Finanzverwaltung zu übermitteln. Neue Steuer-Bürokratie droht jedoch dadurch, dass die Erstattung der Vorsteuer für den Rechnungsempfänger künftig an die Richtigkeit der Rechnung gekoppelt werden soll. Es ist für den Empfänger einer Rechnung mit **unverhältnismäßig großem Aufwand verbunden, die Richtigkeit aller Rechnungsangaben zu überprüfen**, insbesondere die der Steuernummer und der fortlaufenden Rechnungsnummer.

Gründer-Hürde Bürokratie 6:



### **Recht der Berufsgenossenschaften vereinfachen**

Je nach Satzung der Berufsgenossenschaft besteht eine Pflichtmitgliedschaft für Unternehmer mit verbundener Beitragspflicht, auch wenn keine Arbeitnehmer beschäftigt werden. Außerdem ist aufgrund gemischter Betätigung die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Berufsgenossenschaft nicht leicht festzustellen. Für manche Existenzgründer mit völlig neuen Geschäftsideen wird der Start am Markt zudem durch Kompetenzunklarheiten unter den Berufsgenossenschaften verzögert.

- Der DIHK fordert die Bundesregierung auf, das **Recht der Berufsgenossenschaften hinsichtlich Zugehörigkeit und Beitragserhebung konsequent zu vereinfachen**.
- Die Berufsgenossenschaften haben angekündigt, die Arbeitssicherheitsvorschriften auf die Hälfte zu reduzieren. **Der DIHK nimmt diese Ankündigung beim Wort und fordert die Berufsgenossenschaften auf, zu einer spürbaren Entlastung der Unternehmen von unnötigen Arbeitssicherheitsvorschriften beizutragen**.

## Gründer-Hürde starres Arbeitsrecht

### Arbeitsmarkt deregulieren



Das starre und komplizierte Arbeitsrecht stellt für viele Start-Up-Unternehmer ein großes Hemmnis dar, rasch und flexibel auf neuen dynamischen Märkten wirtschaftliche Chancen wahrzunehmen. Dies gilt vor allem für Gründer, die vor ersten Expansionsschritten stehen. Erfreulich ist, dass die Bundesregierung plant, Existenzgründern für vier Jahre den Abschluss befristeter Arbeitsverträge ohne Sachgrund zu erlauben – und damit eine Forderung des DIHK zum Abbau bürokratischer Hemmnisse aufgreift. Weitere Schritte zur Deregulierung des Arbeitsmarktes sind jedoch erforderlich:

- Die starren **Regelungen beim Betriebsübergang (§ 613a BGB)**, insbesondere die Übernahme aller Rechte und Pflichten aus bestehenden Arbeitsverhältnissen, behindern den Neuinhaber bei der Neuorganisation des Geschäftsbetriebes und **sollten flexibler gestaltet** werden. Sollte eine **existenzbedrohende Krise** zum Betriebsübergang geführt haben, sollte der Neuinhaber mit den Beschäftigten **neue Arbeitsverträge** abschließen dürfen.
- Der **Schwellenwert zur Anwendung des Kündigungsschutzes** ist auf **20 Beschäftigte** heraufzusetzen. Dies würde expandierenden Existenzgründern die Einstellung von Personal eher ermöglichen, als die von der Bundesregierung geplante Nichtanrechnung neuer befristet eingestellter Arbeitnehmer auf den geltenden Schwellenwert von 5 Beschäftigten.

## Gründer-Hürde Förderdschungel

### Verfahren bei öffentlichen Finanzierungshilfen vereinfachen



Es ist eine zunehmende Zurückhaltung von Banken bei der Vergabe von Krediten und auch bei der Durchleitung von öffentlichen Fördergeldern im mittelständischen Bereich zu beobachten. Insbesondere Existenzgründer in humankapitalintensiven Dienstleistungsbereichen haben Schwierigkeiten, Kredite zu erhalten, da sie häufig hohe Summen in nicht beleihbares Humankapital investieren müssen. Zudem gleicht die Vielfalt öffentlicher Förderprogramme in Deutschland einem undurchdringlichen Dickicht. Die neugeschaffene KfW-Mittelstandsbank kann ein erster Schritt auf dem Weg zu einer überschaubaren Förderlandschaft sein. Folgendes ist notwendig:

- Der DIHK fordert für alle Förderprogramme **einfache und übersichtliche Antragsformulare und -wege**. Landes-, Bundes-, und EU-Programme sollten ergänzend und **nicht konkurrierend gestaltet** werden. Auch **eine engere Kooperation von Bundes- und Landesförderinstituten** ist dringend geboten. Die Vielzahl inhaltlich ähnlich ausgerichteter Förderprogramme ist zusammenzufassen und zu straffen.

- Die Kreditinstitute sind in ihrer Funktion als Hausbanken aufgefordert, die **Durchleitung von öffentlichen Fördermitteln konstruktiv zu begleiten**. Dabei hält der DIHK den Ansatz der KfW-Mittelstandsbank für richtig, die Möglichkeit der Kreditinstitute zur **bonitätsabhängige Margengestaltung** auf alle Förderprodukte auszuweiten.
- Der Bereitstellung von **Ausfallbürgschaften** und **Haftungsfreistellungen** sollte ein höheres Gewicht gegenüber zinssubventionierten Förderkrediten eingeräumt werden. Der Zugang zu **Beteiligungskapital** ist zu verbessern.

### „Leitbild Unternehmertum“ für das Bildungssystem !

#### **Selbständigkeit zum Leitmotiv in Schulen und Universitäten machen**



Nur ein Bildungssystem, in dem Selbständigkeit als Leitbild fest verankert ist, schafft einen fruchtbaren Nährboden für eine Kultur der Selbständigkeit. In der Vergangenheit haben insbesondere staatliche Schulen und auch Hochschulen jedoch zu wenig dazu beigetragen, unternehmerische Selbständigkeit als ein Ziel der Lebensplanung der Schüler und Studenten positiv darzustellen.

- In allen Phasen der Ausbildung sollten Schüler und Studenten mit den **Chancen und Risiken einer selbständigen Tätigkeit** vertraut gemacht werden. Dies reicht von entsprechender Gestaltung der Schulbücher über die Organisation von Projektwochen „Wirtschaft“ in den Schulen bis zur Gründung von Existenzgründungslehrstühlen an Universitäten. Inzwischen zeigen über 40 Gründer-Lehrstühle an deutschen Universitäten, dass die richtigen Anfänge gemacht werden. Es gilt jedoch, **unternehmerische Selbständigkeit durchgängig von der Grundschule bis hin zur Universität in die Lehrpläne aufzunehmen**.
- Auch die **Lehrer müssen zum Themenfeld „Wirtschaft“ in geeigneter Weise aus- und fortgebildet werden**. Erste Ansätze und Umdenkungsprozesse sind zu erkennen. Dennoch bremst die Wettbewerbsferne staatliche Schulen und Hochschulen. Auch hier gilt: Mehr Wettbewerb erzielt bessere Ergebnisse.
- Die Rahmenbedingungen für die berufliche Ausbildung und Weiterbildung müssen so gestaltet werden, dass eine **praxisnahe Aus- und Weiterbildung** gesichert ist. Nur so ist gewährleistet, dass Arbeitskräfte in ausreichender Zahl und Qualität zur Verfügung stehen, wie sie auch Gründer brauchen, um zu expandieren und sich ihrerseits an der Ausbildung zu beteiligen. Der DIHK begrüßt in diesem Zusammenhang, dass die Bundesregierung beim Masterplan Bürokratieabbau Verfahren und Gremienstrukturen bei der beruflichen Ausbildung effizienter gestalten will.